



**Michael Vietz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **SICHERHEITSPOLITIK IM DISKURS**

**- HERBERT-DÖLLNER-SEMINAR ZUR SICHERHEITSPOLITIK -**

**13.-15. JUNI 2014 IN DER FÜHRUNGS-AKADEMIE DER BUNDESWEHR**

**Clausewitz-Kaserne – Manteuffelstraße 20 – 22587 Hamburg**

**- Impulsvortrag -**

**DIE ZUKÜNFTIGE ROLLE DEUTSCHLANDS IN DEN VEREINTEN NATIONEN**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

*„Die UNO wurde nicht gegründet,  
um uns den Himmel zu bringen,  
sondern um uns vor der Hölle zu bewahren.“  
„The U.N. was not created to take humanity to heaven,  
but to save it from hell.“*

Diese Worte, die mal Winston Churchill, mal Dag Hammarskjöld zugesprochen werden, setze ich ganz bewusst an den Anfang. Als Erinnerung, in welcher Zeit und warum die UNO als Nachfolger des Völkerbundes gegründet wurde. Als Mahnung, dass wir uns davor hüten sollten, zu viele Erwartungen, Wünsche, Hoffnungen und Träume in eine überstaatliche Organisation von derzeit 193 souveränen Staaten zu projizieren.

All diese sind wichtig und bringen auch Prozesse in Gang, aber ohne einen nüchternen Blick auf die Realitäten und die Vielfältigkeit der internationalen Politik sind solche Projektionen dann auch Quell von Enttäuschungen, von abnehmender Akzeptanz und zunehmender Distanz zu überstaatlichen Organisationen, was deren Arbeit und notwendige Unterstützung nicht leichter macht. Die Europäische Union erlebt seit Jahren ähnliches.

Als die Vereinten Nationen 1945 gegründet wurden, stand die Welt noch unter dem frischen Eindruck des Zweiten Weltkrieges und war von dem Wunsch geprägt, eine Wiederholung zu verhindern. „to save it from hell“ Nach der Erfahrung eines weltweiten Krieges, des zweiten innerhalb von gerade mal einer Generation, ging es vor allem darum, Frieden zu sichern und



zu bewahren. Die Feindstaatenklausel (Artikel 53, 77, 107), die erst 1995 in einer Resolution (Res. 50/52) als obsolet bezeichnet wurde, schon vorher, spätestens 1973 mit dem Beitritt der beiden deutschen Staaten keine Relevanz mehr hatte, aber trotzdem immer noch in der Charta steht, ist hier ein aufschlussreiches Zeugnis.

Seit dem Beitritt Deutschlands, zunehmend seit der Wiedervereinigung, beteiligt sich unser Land konstruktiv und vielfältig an der Arbeit der Vereinten Nationen und ihrer Unter- und Nebenorganisationen. In erster Linie durch unsere finanziellen Leistungen für die UNO, für das UN-System, für die verschiedenen UN-Missionen. Aber auch durch Personal, das wir in Verwaltung und in Einsätzen stellen.

Nach aktuellem Haushaltsplan beteiligt sich Deutschland mit einem Anteil von 7,1%, jährlich ca. 190 Millionen US-Dollar, am Haushalt. Bei etwa einem Prozent der Weltbevölkerung. Mit diesem Anteil ist Deutschland nach den USA (22%) und Japan (10,8%) drittgrößter Beitragszahler für das reguläre Budget. Die 28 Mitgliedsstaaten der EU tragen zusammengerechnet ca. 35%.

In der Vergangenheit war Deutschland bereits mehrere Male nicht ständiges Mitglied des Sicherheitsrats, Mitglied verschiedener Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen und eines von insgesamt fünf Mitgliedern in den Exekutivdirektorien der so genannten „Bretton-Woods-Institutionen“ (IWF, Weltbank, Bank für Wiederaufbau und Entwicklung). Hinzu kommen eine Reihe zwischenstaatlicher Programme und UN-Gremien sowie Exekutivorgane in denen Deutschland vertreten ist.

Als mir das Thema des heutigen Vormittags genannt wurde, fiel einer meiner ersten Blicke in die „Bibel der Großen Koalition“, den Koalitionsvertrag. Als generelle außenpolitische Linie findet sich hier: „Deutschland setzt sich weltweit für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für eine gerechte Weltordnung, die Durchsetzung der Menschenrechte und die Geltung des Völkerrechts sowie für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung ein.“ (Einleitung Kapitel 7) Klassisches Aufgabengebiet der UNO und damit ein natürlicher und wichtiger Partner auf diesem Weg.

Ambitioniert der Part zu den Vereinten Nationen. „Deutschland bleibt bereit, mehr Verantwortung auf Ebene der Vereinten Nationen zu übernehmen, auch mit der Übernahme eines ständigen Sitzes im Sicherheitsrat. Wir streben für die Zukunft einen ständigen Sitz der Europäischen Union an.“ Dies ist eine zentrale Linie unserer UN-Politik, die uns nun schon



seit Jahren begleitet. Sie ist auch ein Zeichen dafür, dass wir uns zu unserer Verantwortung bekennen und auch bereit sind, uns hierfür einzubringen.

Ob und wenn in welchem Zeitrahmen eine Veränderung in der Anzahl und der Verteilung der ständigen Sitze im Sicherheitsrat, oder eine grundlegendere Reform, möglich und realistisch ist, dazu gibt es viele berechtigte Fragen und Zweifel. Nichtsdestotrotz, auch unter dem Eindruck einer veränderten – und sich weiter verändernden – Gesamtlage in der Welt, bleibt dies in unseren Augen für die Zukunft der UNO ein wünschenswertes, jedoch langfristiges Ziel. Entsprechende Diskussionen finden seit Jahren statt, ohne dass es bislang zu einer großen erkennbaren Bewegung gekommen ist.

Auch wenn es dereinst eine Einigung geben sollte, die Charta zu ändern und zu modernisieren – was immer man unter Letzterem versteht (z.B. Feindstaatenklausel, Sicherheitsrat, Kompetenzen etc.). Bis eine neue Charta von ausreichend Staaten ratifiziert wurde, würden einige Jahre ins Land ziehen, bis sie dann in Kraft tritt.

Es bleibt auf der Agenda unserer Politik in den Vereinten Nationen. Auch wenn wir wissen, dass noch sehr viel Wasser den Hudson hinunterfließen wird, bevor wir ans Ziel gelangen.

Komplizierter, wenn auch als Fernziel ebenso überlegenswert, ist ein Sitz für die Europäische Union. Wir selbst wissen derzeit ja nicht genau, wohin sich die EU entwickeln soll und wird. Ein Staatenbund, in dem alle Teilnehmerstaaten zwar kooperieren aber ihre eigene Souveränität uneingeschränkt behalten? Ein echter Bundesstaat, die Vereinigten Staaten von Europa, mit allen Konsequenzen? Oder etwas dazwischen, einem vertieften Staatenbund mit übergreifenden Institutionen und Kompetenzen bei einigen großen Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, während die Mitgliedsstaaten ihre Souveränität und Autonomie in anderen Fragen ohne Einmischung behalten? Solange diese Frage nicht geklärt ist, solange stellt sich diese weitergehende Frage nicht wirklich.

Ob Frankreich und Großbritannien als selbstbewusste Nationen auf ihre Sitze zu Gunsten eines Europas verzichten würden, mit dem sie mal mehr, mal weniger fremdeln? Oder ob die internationale Gemeinschaft bereit wäre, Europa einen dritten Sitz und den Franzosen und Briten damit quasi einen getarnten zweiten zuzubilligen? Wichtig auch die Frage, wer über die Ausübung dieses Mandates entscheidet. Was natürlich vom zukünftigen Gesicht der EU abhängt. Im jetzigen Gefüge: Der Europäische Rat? Die Kommission? Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik? Der Auswärtige Ausschuss des Parlaments? Im



Hinblick auf den derzeit ablaufenden Machtkampf zwischen Parlament und Rat zum Thema Kommissionspräsident eine spannende Frage.

Es sind gute und langfristige Ziele. Visionen, die sich lohnen zu verfolgen und für die man nicht gleich Helmut Schmidt zitieren muss. Aber Außenpolitik sollte pragmatisch mit einem Blick auf das derzeit Mögliche gestaltet werden. Verlassen wir also erstmal den Bereich der Zukunftsmusik und wenden uns der Gegenwart zu.

Mit den mittlerweile berühmten drei Reden auf der Münchener Sicherheitskonferenz wurde die lange überfällige Diskussion ausgelöst, wie Deutschland seine Verantwortung in der Welt wahrnehmen soll. Mit Blick auf unsere Möglichkeiten der Einwirkung und Mitbestimmung (Macht?), und auf die Vorteile, die wir aus einer stabilen, friedlichen und möglichst demokratischen Welt ziehen. Auch im Hinblick auf die Erfahrungen unserer Geschichte, aus denen wir aber nicht die falschen Lehren ziehen sollten.

Dabei wurde die bisherige Reflektion dieser Reden, die Überlegungen zu den Konsequenzen, die wir daraus ziehen, zu häufig allein auf die Frage reduziert, ob wir nun mehr Soldaten in alle Welt schicken sollen und wollen? Tatsächlich geht es aber um mehr als einen Ruf zu den Waffen. Am Ende geht es auch um unsere zukünftige Rolle in den verschiedenen internationalen Organisationen. Also auch den Vereinten Nationen.

Es geht schlichtweg darum, wie wir unsere Kompetenzen besser, gezielter und generell effektiver einsetzen können, um unseren Anteil an der Bewältigung großer und kleiner Krisen leisten zu können. Oder auch am Erkennen und Lösen potenzieller Krisen. Hier kann Deutschland eine Schlüsselrolle ausfüllen.

Es lohnt sich, auch einen Blick darauf zu werfen, wie unsere Bürgerinnen und Bürger unsere Außenpolitik, sowie mögliche Ziele und Schwerpunktthemen sehen.

In einer mittlerweile ebenfalls fast zur Berühmtheit gelangten Umfrage „Einmischen oder zurückhalten?“ der Körber-Stiftung zur Außenpolitik, antworteten gute 60% der Befragten, dass Deutschland sich nicht stärker engagieren, sondern weiterhin eher zurückhalten solle.

Eine Antwort, die nicht überrascht, wenn man bedenkt, dass wir – auch in der jüngsten Diskussion – „mehr Engagement“ regelmäßig mit „mehr Militär“ gleichsetzen.

Interessant dabei, dass gerade die Jüngeren (18-29 jährige) hier mit 51:46 von der restlichen Bevölkerung abweichen. Während gerade die Älteren ab 60 mit 26:71 zu den stärksten Gegnern von mehr Engagement gehören.



Ein Hauptargument für eine Ablehnung ist, dass „Deutschland genug eigene Probleme hat, um die es sich zuerst kümmern sollte.“ Ob das in einer globalisierten und immer mehr vernetzten Welt so funktioniert, kann man diskutieren. Einige Zweifel sind zumindest angebracht.

Aber ob für mehr Engagement oder für mehr Zurückhaltung. Allgemein wird Deutschland auch in unserer Bevölkerung für so bedeutend und wichtig gehalten, dass wir mit unserem Einfluss grundsätzlich auch etwas bewirken können. Unsere Bürger zweifeln also nicht, weil die unsere Machtlosigkeit befürchten, sondern wenn man sie unspezifisch und ohne klare Zielvorgabe zu einem höheren Einsatz bewegen möchte.

Fragt man spezifischer, wie sich Deutschland außenpolitisch engagieren sollte, dann werden dem genannten Ergebnis zu „mehr Engagement“ interessante Aspekte hinzugefügt. Bei humanitärer Hilfe wollen 86% mehr Engagement. Auch unsere Beteiligung bei diplomatischen Verhandlungen, Förderung von Abrüstung und Rüstungskontrolle und Projekte zur Stärkung der Zivilgesellschaft werden von mehr als vier Fünfteln der Befragten befürwortet. Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften 75%. Hilfe beim Aufbau staatlicher Institutionen 68%. Finanzhilfen für arme Regionen 51%.

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen wird es mit 47% für „mehr“ bei 45% „weniger“ schon eng, wobei der Rest hier für den Status quo plädiert. Klar ist die Meinung bei der Frage nach Militäreinsätzen der Bundeswehr (13:82) und Waffenlieferungen an verbündete Länder (13:82). Hier steht erstmal eine breite Ablehnungsfront.

Differenzierter wird es bei der Nachfrage, bei welchen Szenarien der Einsatz deutscher Truppen im Ausland für gerechtfertigt gehalten wird. Zwischen 70 und 87% der Befragten können sich Militäreinsätze tatsächlich vorstellen:

- bei einer direkten Bedrohung von Frieden und Sicherheit in Europa (87%),
- Humanitäre Einsätze, um z.B. die Versorgung in Krisenregionen sicherzustellen (85%),
- um einen Genozid zu verhindern (82%),
- Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unterbinden (77%),
- Beteiligung an international beschlossenen friedenserhaltenden Maßnahmen (74%),
- Direkte Bedrohung von Verbündeten (70%).

Um den Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen und Handelswegen zu gewährleisten hält es sich mit 48:49 pari-pari mit leichtem Vorteil für diejenigen, die es nicht gerechtfertigt sehen. Zur Durchsetzung eines international beschlossenen Wirtschaftsembargos gegen einen Aggressor ist die Ablehnung mit 44:49 etwas klarer.



Was sagt uns das? Allen Unkenrufen zum Trotz neigen die Deutschen bei differenzierter Nachfrage auch zu differenzierten Antworten. Die Schwierigkeit liegt wohl eher in der Befürchtung, dass mehr Engagement automatisch mehr Militäreinsätze ähnlich Afghanistan bedeuten würde. Wir müssen mehr und intensiver erklären, warum wir uns wo einbringen wollen und wie dieses Einbringen dann in der Summe aussehen soll. Wo unsere vitalen Interessen liegen. Die Diskussion auf eine differenzierte Art und Weise führen. Ebenso wahrnehmbarer.

Unser breites Engagement in den Vereinten Nationen, im Wesentlichen in der Bevölkerung hoch akzeptiert, ist uns Beispiel. Sowohl was das bisherige, aber auch zukünftige betrifft. Wenn wir davon reden, dass Deutschland bereit sein muss, mehr Verantwortung zu übernehmen, schneller und engagierter unterwegs zu sein und sich auch substantieller zu beteiligen, dann kann und darf die Bundeswehr nur ein Werkzeug von vielen sein. Die Ultima Ratio. Nur im Rahmen eines internationalen Mandats. Aber die Kernkompetenzen unseres Landes, in den letzten Jahrzehnten vielfach erprobt, liegen auf den zivilen Komponenten der internationalen Politik.

Um es klarzustellen. Es liegt im Interesse unseres Landes, dass wir unseren Beitrag für Frieden, Stabilität und Chancen auf Wohlstand weltweit leisten. Auf Teilhabe an wirtschaftlichen und technischen Fortschritt, auf soziale Stabilität und Chancen für Bildung und Wissenschaft.

Letztendlich wollen wir alle in einer friedlichen Welt leben, wo wir möglichst jederzeit überall hin reisen können, ohne Sorge um Leib und Leben. Wir wollen weiterhin weltweit Handel treiben und das bedeutet nicht nur, dass wir auf sichere Rohstoffversorgung von außen angewiesen sind, sondern auch, dass wohlhabende Länder bessere Wirtschaftspartner darstellen. Wir wollten, dass die Staaten vor Ort ihre Chancen nutzen und Perspektiven für ihre Bevölkerung bieten. Damit sie nicht unter Not und Druck genötigt werden, ihre vermeintlichen Chancen unter hohem Risiko woanders zu suchen.

Besondere Aufmerksamkeit liegt für mich – auch als Mitglied des entsprechenden Unterausschusses – bei unserem Einsatz im hochkomplexen Feld der Krisenprävention und der Krisenbewältigung. Gerade auch im Vorfeld militärischer Intervention, da diese zu verhindern grundsätzlich das Hauptziel bleibt. Gerade die Vereinten Nationen mit ihrem weltweiten anerkannten Wirken, mit ihren Mitarbeitern aus und in allen Teilen der Welt, mit



ihren zahlreichen Unterorganisationen und Einheiten, dient hier als effektives Frühwarnsystem. Das auf viele Krisenpotenziale hinweist, um einzugreifen und an Lösungen zu arbeiten, bevor es eskaliert.

Schließlich und endlich ist die beste Krisenprävention diejenige, von der man nie erfährt, dass sie notwendig war. Wenn Lösungen gefunden wurden, bevor es sich zu einer veritablen Krise ausweitete.

Hierzu sind die UNO, die verschiedenen anderen internationalen Organisationen wie z.B. die OSZE, die verschiedenen NGO's, aber auch die vielfältigen nationalen Institutionen weltweit gut und besser zu vernetzen. Informationsaustausch und Informationsteilhabe ist wichtig.

Zentrale Analyse und Auswertung. Um letztendlich Krisenherde frühzeitig zu erkennen oder um idealerweise den besten Weg zu erkennen, um eine Krise schnellst möglich und effektiv zu bewältigen.

Um einen Konflikt nachhaltig zu überwinden, ist die Konfliktaufarbeitung ein weiterer wichtiger Bestandteil, in dem Deutschland vorangeht. In der Aufarbeitung von Unrechtsregimen übernimmt Deutschland historisch bedingt eine Vorreiterrolle. Hier stehen wir Staaten und Institutionen mit Rat und Tat zur Seite.

Deutschland ist ein weltweit anerkannter Gesprächspartner und bereit für die diplomatische Unterstützung zur Prävention, Eindämmung und Bewältigung. Auch wenn es in Teilen unserer Bevölkerung immer wieder irritierend ankommen mag, dass wir weltweit Gesprächskontakte selbst zu schwierigen Partnern pflegen, sowie zu denen, die im Bereich der Menschenrechte unseren Ansprüchen nur begrenzt genügen. Diese Kanäle sind unentbehrlich. Verhandeln ohne Gespräche, ohne jemanden, den die einzelnen Seiten kennen und als Vermittler akzeptieren, ist zumindest schwierig. Ich halte es da wie Shimon Peres „Besser reden, reden, reden als schießen, schießen, schießen.“

Die UNO wäre hier ein geeigneter Partner, der seine eigenen Kompetenzen und Möglichkeiten besser nutzen und stärken könnte.

Besondere Aufmerksamkeit in unserem Land genießen die Situationen, wo entweder nach einer erfolgreichen Verhandlung oder auf Wunsch nationaler Regierungen ein weitergehender und/oder ergänzender Einsatz notwendig ist. Die dann pauschal als Auslandseinsätze der Bundeswehr gelten und im Bundestag entschieden werden. Wobei aber auch hier gilt, dass die Bundeswehr nur ein Teil des Ganzen darstellt.



Reformen sind notwendig, um das Konzept des Peacekeeping im Sinne der UN-Charta für die Zukunft in Form zu bringen. Gerade die innerstaatlichen Konflikte Anfang der 90er Jahre haben uns gezeigt, dass hier Anpassungen dringend notwendig sind. Zivile Maßnahmen, Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung sind stärker in den Fokus gerückt.

Nach unserer Auffassung hängt eine Reform der Friedenssicherung von einer echten Partnerschaft aller relevanten Akteure ab. Die Bundesregierung beteiligt sich an Reformbemühungen, wie z.B. im Sonderausschuss für friedenserhaltende Maßnahmen, in enger Abstimmung mit den Partnern der Europäischen Union.

Gemeinsam mit seinen Partnern hat Deutschland erreicht, dass der Ausschuss eine Reihe von Vorschlägen der „New Horizons“-Initiative aufgegriffen und weiter vertieft hat. Dazu zählen die Verbesserung der Kommunikation zwischen Sicherheitsrat, UN-Sekretariat und Truppen und Polizei stellenden Ländern. Die Steigerung der Effektivität von Friedensmissionen, aber auch die Weiterentwicklung der Mandate von Friedensmissionen im Bereich Schutz von Zivilisten („Protection of Civilians“). Herausforderung für die Zukunft wird es sein, die in diesen Fragen erzielten Fortschritte im konzeptionellen Bereich auch in der konkreten Arbeit der Missionen vor Ort umzusetzen.

Ein weiterer wichtiger Schritt in der Fortentwicklung des UN-Peacekeepings war 2010 die Vorstellung der neuen „Global Field Support Strategy“ durch die Hauptabteilung für Unterstützung der Feldeinsätze (DFS), mit der vor allem die Effizienz der Logistik von UN-Friedensmissionen gesteigert werden soll. Mit der „Standing Engineering Capacity“ des Technischen Hilfswerks, einer technischen Einheit, die u.a. zur Unterstützung beim Aufbau neuer Friedensmissionen eingesetzt werden kann, leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der strategischen Ziele.

Bei allen Rollen die wir international spielen, ist eine Rolle ganz besonders wichtig: Wir sind in der Verantwortung, auch die Rolle des Vermittlers zwischen unseren Bürgern und den internationalen Organisationen zu übernehmen. Dazu gehört es auch, eine entsprechende Anerkennungskultur in Deutschland zu etablieren. Der Tag des Peacekeepers ist daher ein wichtiges Signal in diese Richtung.

Zivile Experten aller Couleur stehen im Dienste Deutschlands, deutscher NGO's oder internationaler Organisationen. Sie tragen tagtäglich dazu bei, den Frieden weltweit zu sichern, zu bewahren oder erst zu ermöglichen. Damit sie ihren Job erledigen können, braucht es den vernetzten Ansatz, den unsere Kräfte in Krisengebieten verfolgen. Auf militärischer Seite steht es bereits außer Frage, dass es vielseitige Spezialisten und Experten braucht, um



Ordnungsstrukturen wieder herzustellen. Gleiches gilt für die zivilen Einsatzkräfte. Hier sind wir auf dem richtigen Weg. Hinzu kommt, dass deutsche Experten international gefragt sind, eine hohe Reputation genießen und in unserer Gesellschaft fest verankert sind. Niemand zweifelt beispielsweise an der Expertise von THW oder GIZ. Dies gilt es stärker zu betonen.

Ein wichtiges, aber für unsere Bürger auch hoch sensibles Thema ist der Schutz vor schweren Menschenrechtsverletzungen, vor Brüchen des humanitären Völkerrechts bis hin zur Verhinderung von Völkermord. Eine der richtigen Lehren aus unserer Geschichte ist, dass wir an dieser Stelle durchaus bereit sind, unsere Verantwortung aktiv zu gestalten. Unter der Voraussetzung eines internationalen Mandats.

Unter anderem nach den grauenhaften Ereignissen in Ruanda entstand das Konzept der Schutzverantwortung („Responsibility to Protect“) mit seinen präventiven, reaktiven und nachsorgenden Elementen. Hierfür stehen der internationalen Gemeinschaft, vornehmlich den Vereinten Nationen, zivile und militärische Mittel zur Verfügung. Im Zweifel mit einem robusten Mandat.

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zu einer Weiterentwicklung des Völkerrechts. Dieses muss dazu beitragen, dass die Vereinten Nationen einen wirksameren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten leisten können. Wie dieses genau aussehen kann, das ist eher die Sache der Juristen. Aber im Rahmen dessen sind wir der Überzeugung, dass „Responsibility to Protect“ einer weiteren Ausgestaltung und einer völkerrechtlich legitimierten Implementierung bedarf. Einen Schwerpunkt sehen wir in einer Stärkung der präventiven Säule der Schutzverantwortung.

Wenn ein Staat seiner Verantwortung zum Schutz seiner Bürger nicht mehr nachkommt, dann ist das ein Fall für die internationale Gemeinschaft. Idealerweise unter dem Dach der Vereinten Nationen mit Mandat des Sicherheitsrates.

Der Schutz von Freiheit und Menschenrechte ist auch unter den Eindrücken unserer Geschichte ein wichtiger Aspekt unserer Außenpolitik, ergänzend zu unserem Streben nach Sicherheit und Stabilität. Im Bedarfs- oder Notfall sind wir bereit, unseren Beitrag zu leisten. Doch gilt auch hier, dass Militäreinsätze nicht zwangsläufig Teil dieses Engagements sein müssen. Eventuell als flankierende Maßnahme für präventive oder nachsorgende Elemente, für die wir besonders prädestiniert sind.

Friedensmissionen sind ein Hauptinstrument der internationalen Gemeinschaft zur Konfliktprävention und zum Konfliktmanagement, sie sich zu komplexen multidimensionalen



Unternehmungen gemauert haben. Insgesamt arbeiten derzeit weltweit 5000 Fach- und Führungskräfte in mehr als 50 Friedenseinsätzen.

Erfahrenes, gut vorbereitetes, fachlich und sozial kompetentes Personal ist dabei ein Schlüsselfaktor für den Erfolg der Mission. Die komplexen Einsatzmandate erbringen anspruchsvolle Tätigkeitsprofile einschließlich Beratungs- und Managementkompetenz. Hinzu kommt ein hohes Maß an geforderter Flexibilität, Mobilität sowie physischer und psychischer Belastbarkeit. Die Vorbereitung und die Nachbereitung sind hier Alpha und Omega. Post-Traumatische-Belastungsstörungen (PTBS) sind nicht allein ein Thema für den militärischen Teil der Mission.

Zugeschnitten auf diese Maxime ist das Berliner Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF). Im Auftrag des Auswärtigen Amtes übernimmt es die Suche, Vermittlung, Vorbereitung, Betreuung und Qualifizierung von deutschen Fach- und Führungskräften für Friedenseinsätze. Es führt wissenschaftliche Analysen zu internationalen Friedenseinsätzen durch und bietet Beratungsleistungen für Regierung und Parlament. Zu nennen ist auch das THW oder das DRK, die in Katastrophen- und Krisengebieten praktische Hilfe vor Ort anbieten und vielfach die erste und dringendste Not lindern. Darüber hinaus gibt es viele andere NGO's, die aus Deutschland heraus weltweit auf vielen Gebieten wertvolle Hilfe und Nothilfe leisten. Wir haben in unserem Land zahlreiche Kompetenzträger, die sich einbringen können und wollen.

(Deutsche in den Vereinten Nationen – Personalanteil stärken)

Deutschland bzw. deutsche Mitglieder sind in einer Vielzahl von UN-Institutionen und UN-Gremien vertreten. Wir verfolgen seit Jahren das politische Ziel, personell auf allen Funktionsebenen angemessen repräsentiert zu sein. Als drittgrößter Beitragszahler wollen wir auch im Bereich des Personals entsprechend vertreten sein. Hier gilt es weiterhin am Ball zu bleiben.

Wir stellen gute und erfolgreiche Führungskräfte. Wie Angela Kane, seit 2012 die Hohe Vertreterin des Generalsekretärs für Abrüstung (UNODA). Und ich erwähne sie nicht nur als erstes, weil sie in meiner Heimatstadt Hameln geboren wurde, sondern weil sie damit eine der ranghöchsten Deutschen der UNO ist. Oder Achim Steiner, Untergeneralsekretär und derzeit Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms (UNEP). Beide herausragende Köpfe in der Spitze der Vereinten Nationen.

Im Bericht der Bundesregierung zur Zusammenarbeit Deutschlands und den Vereinten Nationen ist zu finden, dass 2011 unter Einschluss der Personalposten insgesamt 470



Deutsche im UN-Sekretariat beschäftigt waren. Auf den geographisch quotierten Posten (insgesamt 3.012) sind 102 (3,39%) Deutsche beschäftigt. Damit zählt Deutschland zu dem Kreis der unterrepräsentiertesten Staaten. Dies hat zur Folge, dass deutsche Bewerber ab 2011 zum Nachwuchsexamen (Young Professionals Programme) zugelassen sind. Eine notwendige Voraussetzung, um entsprechende Dienstposten zu besetzen. Die Bundesregierung initiierte ihrerseits eine Reihe von Programmen, die zum Ziel haben, die deutsche Personalrepräsentanz innerhalb der UN-Institutionen zu erhöhen. Dabei steht für uns die Nachwuchsförderung besonders im Fokus. Alle zwei Jahre wird darüber ein ausführlicher Bericht vorgelegt. Eine weitergehende bessere Werbung für diese Programme und für die Möglichkeiten in der UNO kann jedoch nicht schaden.

Mehr inhaltliche und personelle Beteiligung in den Vereinten Nationen führt nicht nur dazu, dass wir hier mehr Einfluss ausüben können. Die andere Seite der Medaille ist, dass dann auch mehr von uns gefordert wird. Nichtsdestotrotz eine schlichte Notwendigkeit, wenn wir innerhalb der internationalen Gemeinschaft verantwortungsvoll mitgestalten wollen.

(UNO wichtiger Teil unserer Außenpolitik)

Die Vereinten Nationen sind und bleiben ein elementarer Bestandteil unserer Außenpolitik, den wir weiter ausbauen und nutzen wollen. Wir wollen eine wichtige und stärkere Rolle in diesen einnehmen. Auch wenn die Wege manchmal etwas mühsam sind. Kompromisse schwierig. Ohne die UNO und ihre Unterorganisationen wäre unsere Welt deutlich schwieriger zu managen, deutlich instabiler und der Frieden generell brüchiger.

Die UNO ist nicht perfekt. Sie wird von Menschen gestaltet, und wir sind halt nicht perfekt. Aber so lange wir hohe Ansprüche stellen und bereit sind, das Notwendige und Mögliche hierfür zu tun, so lange können und werden die Vereinten Nationen einen wichtigen Beitrag für unsere Zukunft leisten.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Boutros Boutros Ghali:

„Die Vereinten Nationen können und sollen zum wichtigsten Instrument der internationalen Gemeinschaft für Frieden, Stabilität, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt werden.“

Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und ihrer Verantwortung ihren Beitrag hierzu zu leisten. Auch in unserem eigenen Interesse.